

Inklusion ist eine Generationsaufgabe

POLITIK Schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion: Förderschulen werden weiter gebraucht

Förderschullehrer dürfen nicht zu Handlungsreisenden in Sachen Bildung werden.

VON KLAUS HÄNDEL

ESENS – Seit 2012 gibt es die Inklusion, die gemeinsame Beschulung von Kindern ohne und mit festgestelltem Förderbedarf. „Wir wollen die Inklusion, damit Eltern nicht gezwungen werden, den Schulbesuch ihres beeinträchtigten Kindes an allgemeinbildenden Schulen einzuklagen zu müssen“, erklärte Kai Seefried, schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, gestern während eines Besuchs des Förderzentrums Esens. Dazu eingeladen hatte der geschäftsführende CDU-Kreisvorstand unter Leitung von Dirk Gronewold. Für den Schulträger war der Erste Kreisrat Hans Hinrichs mit dabei.

Anlass für den Besuch aus Hannover ist die bevorstehende Novellierung des Schulgesetzes zum Sommer dieses Jahres. Die Umsetzung der Inklusion sei in der Beratung. „Die bestehenden Probleme rücken mehr in den Fokus. Und wir müssen deutlich machen, welche Bedeutung die Förderschulen haben“, so Seefried. „Sie sind nicht nur da, sondern sie werden auch gebraucht.“

Noch hätten Eltern die Wahl, in welche Schule sie ihr Kind mit festgestelltem För-



Die Förderschulen werden trotz Inklusion weiterhin gebraucht. Das erklärte der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Kai Seefried (3. v. r.) gestern während

eines Rundgangs durch das Förderzentrum Esens im Gespräch mit Schulleiter Matthias Regner (2. v. r.) und dem geschäftsführenden CDU-Kreisvorstand.

BILD: KLAUS HÄNDEL

derbedarf geben. Das neue Schulgesetz sieht vor, diese Wahlfreiheit für den Bereich Lernen ab 2017 abzuschaffen.

Die Probleme bei der Umsetzung der Inklusion in den allgemeinbildenden Schulen und Förderzentren würden jetzt deutlich. Die Umsetzung funktioniere nicht von Null auf gleich. Inklusion braucht Zeit und ist eine Generationsaufgabe. Dabei müsse es primär um das Kindeswohl gehen, um das bestmögliche Fördern und Fordern, und

zwar aller Kinder. Und es gehe um die Frage der Steuerung von Inklusion. Im Kultusministerium angedacht seien bereits Regionale Koordinationsstellen für Inklusion, so Seefried. Ob es zur Einrichtung solcher Stellen kommen werde, sei noch offen. „Wir, die CDU-Landtagsfraktion, wollen die nächsten zwei Jahre intensiv nutzen für den Dialog mit den Lehrkräften.“ Und auch die Eltern müssten mitgenommen werden.

Zur Situation des Förder-

zentrums Esens erklärte Schulleiter Matthias Regner: „Wir haben 64 Mitarbeiter für 170 Schüler in 19 Klassen, zehn im Bereich „Geistige Entwicklung“ (GE) und neun im Lernhilfebereich, an insgesamt 19 Schulstandorten.“ Alle Eltern, die ihre Kinder in das Förderzentrum eingeschult hätten, hätten aktuell beschlossen, sie an dieser Schule zu belassen. Das bestätigte für die Elternschaft auch Monja Bleeker-Ostermann. „Inklusion ja, aber

nicht zu jedem Preis. Wir Eltern befürchten, das Zeit und Kompetenzen für die Schüler verloren gehen.“

Regner weiter: „Die Zusammenarbeit mit dem Schulträger und dem Mobilen Dienst des Präventionsrates ist gut. 16 Lehrer sind in der Inklusion tätig. Wurden bis 2012 rund 30 Kinder pro Jahrgang überprüft, waren es in den ersten Jahren der Inklusion jeweils 72. Das Förderzentrum steht im Dialog mit den Grundschulen und unterstützt diese derzeit mit 100 Stunden“, so Regner. Mehr sei bei 86 Prozent Versorgung bisher nicht möglich gewesen. Eine Neueinstellung bringe jetzt etwas Entlastung.

„Das Förderzentrum leistet eine sehr gute Arbeit“, bestätigte Erster Kreisrat Hans Hinrichs. Er lobte das hohe Engagement der Lehrkräfte und den engen Kontakt zu Eltern und Schülern. „Wollen wir die Inklusion um jeden Preis oder das Beste für unsere Kinder?“, fragte Dirk Gronewold. Auch er lobte die Arbeit des Förderzentrums. „Wenn Inklusion, dann müssen die Rahmenbedingungen stimmen“, sagte Förderschullehrer Manfred Schmidt. „Jetzt 92 Prozent Versorgung sind für die Umsetzung der Inklusion definitiv zu wenig. Wir geben mehr als 100 Stunden raus, gehen aber selbst an Stock“, sagte Hans-Dieter Friedrichs-Wattjes. „Förderschullehrer dürfen nicht zu Handlungsreisenden in Sachen Bildung werden.“